

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Aland-Groth-Strasse 1, 1. Stock
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Agrarzölle und ihre Wirkungen.

Die deutsche Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Einführung von landwirtschaftlichen Schutzzöllen unterbreitet. Auf dem Verordnungswege konnte die Regierung auch bisher schon eine Anzahl landwirtschaftlicher Produkte mit Schutzzöllen belegen. Das neue Gesetz soll die Zollfreiheit für Getreide, für Kartoffeln sowie für Vieh und Fleisch aufheben. Die Zollsätze können so hoch sein wie noch nie zuvor, indem die Zollsätze des autonomen Zolltarifs von 1902 zur Grundlage dienen sollen, die dank der früheren Handelsverträge in Wirklichkeit niemals erhoben wurden. Die Regierung soll zwar nach dem Entwurf diese ungeheuerlichen Sätze ermäßigen können, muß es aber nicht tun. Damit auch die Industrie nicht leer ausgeht, soll die Regierung dem Entwurf zufolge ermächtigt werden, Industriezölle nach Belieben einzuführen, beziehungsweise die bestehenden zu erhöhen. Der politische Charakter dieses Gesetzentwurfes ist offenkundig. Die Regierung will der Deutschnationalen Partei, die landwirtschaftliche Schutzzölle fordert, einen Liebesdienst erweisen. Sie hat den Zeitpunkt richtig gewählt. Die in der Tat bestehende landwirtschaftliche Krise ist wohl geeignet, die Köpfe zu verwirren. Niemand bestreitet, daß der Landwirtschaft geholfen werden muß, und in dieser Stimmung ist es verhältnismäßig leicht, der in diesen Dingen nicht bewanderten öffentlichen Meinung einzureden, daß der Schutz Zoll ein gutes Mittel für die Behebung der landwirtschaftlichen Krise darstellt.

Die Krise der deutschen Landwirtschaft ist eine reine Preiskrise, keineswegs aber eine Krise der landwirtschaftlichen Produktion. Die deutsche Landwirtschaft konnte sich seit dem Krieg verblüffend gut erholen. Im Jahre 1922 war die Anbaufläche bereits nur um 8,4% geringer als vor dem Krieg. Ging zwar der Getreidebau etwas zurück, so hat sich der Anbau von Handelsgewächsen usw. wesentlich gesteigert. Der Kaliberverbrauch der Landwirtschaft hat sich seit dem Kriege vermindert, dagegen konnte der auf Grund der Haberischen Erfindung aus der Luft hergestellte Stickstoff der Landwirtschaft ein billiges Düngemittel zuleiten. In bezug auf die Viehzucht bestand im Jahre 1922 noch eine Unterproduktion für Rindvieh um 12%, für Schweine um 35% gegenüber der Vorkriegszeit. Nach einer jüngst erschienenen Veröffentlichung des amerikanischen Instituts für Volkswirtschaft dürfte dies aber in den letzten 2 Jahren ausgeglichen worden sein. Während der Zeit der Geldentwertung hat Deutschland Fleisch und Fett in gewaltigen, früher noch nie erreichten Mengen eingeführt. Der Grund dafür war, daß die Landwirte infolge der Geldentwertung den Markt mit Vieh und Schweinen nicht beliefern wollten, dagegen konnten sie in diesen Jahren ihren Vieh- und Schweinebestand sehr erheblich in die Höhe bringen.

Die gegenwärtige Krise der Landwirtschaft ist eine dreifache. Erstens: Die Landwirte haben dank der Geldknappheit keine genügenden Betriebsmittel, ein Uebelstand, den sie mit der Industrie teilen und der eine Folge der Stabilisierung der Währung ist. Zweitens: Es besteht ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte, demzufolge der Landwirt für Produktionsmittel und Verbrauchsartikel größere Mengen seiner Produkte hergeben muß als früher. Dieses Mißverhältnis, das in Rußland mit einer Schere verglichen wird, die sich immer weiter öffnet, ist gegenwärtig eine Welterscheinung und hat vornehmlich in dem Umstand seine Begründung, daß seit dem Kriege die industrielle Produktion der Welt in einem größeren Maße zurückgegangen ist als die landwirtschaftliche. Trotz der Ueberkapitalisierung der Industrie in vielen Ländern steht die industrielle Erzeugung der Welt immer noch, unter dem Vorkriegsstand. Dagegen hat die landwirtschaftliche Produktion der Welt, trotz der Ausschaltung Rußlands vom Weltmarkt und der osteuropäischen Agrarreformen, den Vorkriegsstand bereits überstiegen. Die wachsende überseeische Produktion Kanadas, Argentiniens und Australiens ist für

den Zuwachs verantwortlich. Endlich, als drittes Moment, ist die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung für landwirtschaftliche Produkte so gering, daß sie nicht einmal die Weltmarktpreise zu bezahlen vermag, weshalb die deutschen Landwirte, um überhaupt einen Umsatz zu erzielen, unter den Weltmarktpreisen verkaufen müssen.

Dieser Umstand, daß nämlich die deutschen Agrarpreise gegenwärtig unter dem Weltmarktpreis stehen, zeigt, daß die Einführung von Schutzzöllen im gegenwärtigen Augenblick ein Unsinn ist. Kann der Verbraucher nicht einmal die Weltmarktpreise bezahlen, wie soll er die um den hohen Zollsatz verteuerten Preise erschwingen? Die Regierung und die Deutschnationalen wissen es ebenfugot wie andere. Wenn sie dennoch jetzt schon auf der Einführung dieser unnützen Schutzzölle bestehen, so kann dies nur aus der Berechnung herborgehen, daß heute der Widerstand gegen die Schutzzölle vielleicht ein geringer sein wird. Wird sich später die Lage verändern, so können die Landwirte den Gewinn aus den Schutzzöllen in die Tasche stecken. Die Erfahrung lehrt, daß die einmal errichteten Schutzzölle ein langes Leben haben. Ihr Abbau ist außerordentlich schwer. Deshalb, statt die wirklich nützlichen Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen Krise zu ergreifen, wollen sie bereits jetzt schon Schutzzölle einführen.

Das Mißverhältnis zwischen den Preisen der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte, das, wie oben ausgeführt wurde, eine Welterscheinung ist, kann aber in absehbarer Zeit gut verschwinden. Na, es sind Ansätze hierfür bereits vorhanden. Die Leistungsfähigkeit der Industrie ist dank der erfolgten Erweiterung der industriellen Anlagen in sämtlichen Ländern gestiegen und deshalb ist die Steigerung der industriellen Erzeugung der Welt durchaus möglich, sobald die Kaufkraft der Völker erhöht werden wird. Dies würde — vorausgesetzt, daß dem Monopolkapital Gegengewichte entgegengesetzt werden können — die Verbilligung der industriellen Erzeugnisse in die Wege leiten. Auf der andern Seite sind aber überall Zeichen dafür vorhanden, daß die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte — auch abgesehen von der gegenwärtigen Befestigung des Getreidemarktes — auch auf die Dauer erhöht werden können. Außerdem, daß bereits in diesem Jahre eine erhebliche Einschränkung der Anbauflächen vorgenommen wurde, wird mit Hilfe großzügiger neuer Einrichtungen, wie gemeinsame Verwertung landwirtschaftlicher Produkte durch Großgenossenschaften (Kanada), Neuregelung und Erleichterung des landwirtschaftlichen Kredits (Vereinigte Staaten) usw., die Erhöhung der Getreidepreise mit Erfolg angestrebt. Auch zeigte sich, daß die russische Produktion noch für sehr lange Zeit für den Weltmarkt kaum in Frage kommt, ebensowenig wie die Balkanländer, wo die Aufteilung des Bodens für längere Zeit mit dem Rückgang des Bodenertrages verbunden ist. Angesichts des zu erwartenden zukünftigen Konjunkturbildes ist deshalb die Einführung von Schutzzöllen nicht notwendig.

Wenn man — wie der Entwurf der Regierung es tut — im Zusammenhang mit den Schutzzöllen von einer Intensivierung der Landwirtschaft redet, so ist dies eine grundsätzliche Annahme. Das Gegenteil ist wahr. Der Schutz Zoll stellt eine arbeitslose Rente dar, die den Landwirt auf das Faulbett legt und ihm den Anreiz zu intensiverer Arbeit, zum Uebergang zu besseren Arbeitsmethoden und dem Anbau lohnender Gewächse nimmt. Es wäre sehr leicht, diese Behauptung mit Beispielen zu belegen.

Der Regierungsentwurf tröstet die Verbraucher damit, daß der Schutz Zoll vielleicht nicht im ganzen Umfang vom deutschen Verbraucher getragen werden muß, sondern zu einem Teil vom ausländischen Verkäufer. Nun besteht die Wirkung des Schutzzollens aus zwei Teilen: Einmal muß der Zoll nach jeder Menge eingeführter Pro-

dukte an der Grenze entrichtet werden. Insofern ist er eine Verbrauchssteuer. Da Deutschland unter allen Umständen auf Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen sein wird, kann ihm die Entrichtung dieser Verbrauchssteuer nicht erspart werden; das Einfuhrgetreide usw. wird jedenfalls um den Betrag dieser Steuer teurer werden als ohne diesen Schutz Zoll. Die zweite Wirkung des Schutzzollens ist, daß er die Preise der inländischen Produkte erhöht. Nur bei diesem Teil kann davon die Rede sein, daß die Erhöhung nicht um den ganzen Betrag des Schutzzollens stattfinden wird, was aber ganz unsicher ist. Jedenfalls wird aber auf Kosten der Ärmsten eine neue Verbrauchssteuer der ungerechtesten Art, eine Brotsteuer, ins Leben gerufen.

Somit enthält sich das wirkliche Gesicht der Agrarschutzzölle. Die Reparationslasten sollen auf Kosten der Arbeiterschaft, insbesondere durch Arbeitszeitverlängerung, getragen werden. Die Arbeiterschaft soll auch der Landwirtschaft einen vollkommen ungerechtfertigten Tribut leisten. Arbeitszeitverlängerung und landwirtschaftliche Schutzzölle sind aus demselben Mutterchoß geboren.

Giergegen gibt es nun ein einziges, festes zusammenhalten der gesamten arbeitenden Klasse. Heraus aus der schändlichen Gleichgültigkeit, fort mit der inneren Zerrissenheit, eingetreten in die Reihen der kämpfenden Brüder, damit diese schändlichen Pläne der Reaktion zunichte werden!

Was nun?

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben vor einiger Zeit einen Ausschuß eingesetzt, der untersuchen sollte, welche Auswirkungen die Durchführung des Sachverständigengutachtens (Dawes-Gutachten) auf die Lage der deutschen Arbeitnehmer hat und welche Schlussfolgerungen sich daraus für die freien Gewerkschaften ergeben. Die Arbeit des Ausschusses ist inzwischen beendet; das Ergebnis wird in einer Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Bei der Untersuchung der Frage: Annehmen oder Ablehnen ist der Ausschuß zu dem Ergebnis gekommen, daß die Freiheit der Entscheidung überhaupt nicht mehr bei Deutschland liegt. Die Ablehnung des Dawes-Gutachtens bedeutet nicht, sich den Reparationsleistungen entziehen zu können, sondern bedeutet im günstigsten Falle nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Daß es soweit gekommen ist, verdankt Deutschland seinen Kapitalisten. Sie haben jede vernünftige Erfüllungspolitik verhindert und dadurch das Ruhrabenteuer heraufbeschworen. Die deutsche Bourgeoisie hat diese Befehle vorausgesehen. Sie hat sie nicht verniedert, sie hat sie eher gewünscht. Als sie vor der Entscheidung stand, Zahlung oder Befehle, hat sie bewußt sich für die zweite Lösung entschieden. Sinnes lieferte die Begründung dafür: „Ich muß betonen“, sagte er, „daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte. Denn den Franzosen würde dann gezeigt, daß sie noch weniger bekommen.“

Nachdem sich diese Rechnung als falsch erwiesen hat, wurden die deutschen Schwerindustriellen durch die Locarno-Verträge zu Erfüllungspolitikern. Noch mehr! Sie fordern heute mit Nachdruck die Durchführung des Dawes-Gutachtens. Aber all das tun sie immer mit diesem stillen Vorbehalt: Die deutschen Arbeiter müssen die Zehne bezahlen.

Man täusche sich nicht. Der sich gegenwärtig in Deutschland abspielende Kampf ist nicht ein Kampf um Annehmen oder Ablehnen, sondern ein Kampf um die Lastenverteilung. Deshalb die Weigerung, das Washingtoner Achtstundentagabkommen anzuerkennen. Die deutschen Arbeitnehmer sollen nach wie vor bezahlen: durch niedrige Löhne, durch lange Arbeitszeit, überhaupt durch Abbau der Sozialpolitik.

Der Ausschuß der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände hat dies erkannt. Die Gewerkschaften haben daher in einem Schreiben an den Reichskanzler darauf hingewiesen, daß das Dawes-Gutachten die Notwendigkeit unterstreicht, schon für das laufende Einkommensteuerverfahren wichtige gesetzliche Ergänzungen für eine stärkere steuerliche Heranziehung der besitzenden Klassen in Deutschland vorzunehmen. Das Dawes-Gutachten sagt darüber: „Man kann zurecht sagen, daß die wohlhabenderen Klassen mit einem weit geringeren als den ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Last dahingekommen sind; daher

haben wir es der deutschen Regierung zur erneuten Erwägung empfohlen, ob sie nicht, selbst angefaßt der zugegebenen Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen besonderen Klassen von Steuerzahlern nachprüfen und ihre Steuerpflicht neu auf Goldbasis festsetzen sollte."

Die von den gewerkschaftlichen Bundesvorständen nachgesuchte Verhandlung mit der Reichsregierung fand am 11. Juli statt. Es ergab sich, wie nicht anders zu erwarten war, daß die Regierung Rath-Stressemann nicht daran denkt, eine sozial gerechte Lastenverteilung vorzunehmen. Sie will, wie bisher, Reparationsposten auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer treiben. Was ergibt sich daraus? Das Dawes-Gutachten bezeichnet es als Deutschlands Sache, nachdem es bestimmte Lasten für tragbar hält, diejenigen Vorschriften über die Mittel und Wege zu erlassen, wie die Steuerlast aufgebracht werden soll. Die innere Freiheit der Entscheidung bedeutet, daß die Lastenverteilung sowohl nach sozial gerechten Gesichtspunkten als auch ausschließlich oder überwiegend auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vorgenommen werden kann.

Deutschlands Reichsfinanzminister ist im Gegensatz zum Dawes-Gutachten der Auffassung, daß der Besitz steuerlich zu stark herangezogen ist. In seiner Verteilungsgeschichte: "Feste Markt - Solide Wirtschaft" erklärt er: Jeder muß einsehen, daß die Belastung des Besitzes bis an die äußerste mögliche Grenze vorgetrieben ist. Daraus zieht er den Schluß, daß die Kapitalisten nicht zu gering, sondern zu stark belastet sind, daß für sie möglichst bald eine Verminderung der Belastung eintreten muß. Das war auch die Quintessenz der Ansprache mit den Gewerkschaftsvertretern.

Die aus dieser Situation zu ziehenden Schlußfolgerungen sind klar: Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Mitwirkung der deutschen Arbeitnehmer bei der Durchführung des Dawes-Gutachtens davon abhängt, ob Sicherungen für eine sozial gerechte Lastenverteilung, das heißt für eine entsprechende Veranziehung des Besitzes gegeben werden. Es ist für die freien Gewerkschaften untragbar, der Verabschiebung der Gesetze auf Grund des Dawes-Gutachtens stillschweigend zuzusehen und die innere Lastenverteilung alsdann durch den Bürgerhaushalt auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vornehmen zu lassen. Was jetzt bereits zur Entscheidung steht, ist nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die künftige Orientierung unserer Steuerpolitik; es ist die Entscheidung über die künftige deutsche Sozialpolitik. Fritz Schröder.

Gegen das Pfluschertum

wird in der Arbeiterpresse in letzter Zeit scharf Stellung genommen. So wird der Süddeutschen Malerzeitung geschrieben, daß von vielen Meistern in Stadt und Land geklagt wird, daß sie täglich leben müssen, wie überall "gerüstet" wird. Durch den Abbau bei Kost und Eisenlohn, bei den staatlichen Werkstätten usw. werden sehr viele Arbeitskräfte frei, die mit Vorliebe nicht nur bei ihren Bekannten, Parteien und Kirchen und Zimmermännern, sondern auch Malerarbeiten in Gattkäufern ausführen.

Gar mancher von den abgebauten Malern hat das Bestreben, sich selbständig zu machen und arbeitet nun drauf los und führt sich Meister. Jedoch unterlassen die neuen Meister die Anmeldung beim zuständigen Gewerbeamt oder bei der Innung. Dadurch entstehen sich solche der Gewerbe- und Umsatzsteuer und der Beiträge für die Innung. Wir ersuchen unsere Mitglieder, alle diejenigen Maler der Innung zu melden, von denen sie glauben, daß sie als "Meister" zu gelten haben. Die Hauptsache ist genaue Adressenangabe. In München kommt ein typischer Fall der Behörde gemeldet worden. Ein Tramdbahnführer führt schon seit einem Jahre während seiner freien Zeit Malerarbeiten aus, er nimmt nicht nur Küchen und einzelne Zimmer, sondern sogar ganze Wohnungen. Dieser Tramdbahnführer hat noch dazu die Frechheit, den Malern gegenüber recht spöttische Bemerkungen zu machen.

Von solchen Leuten wird starker Mißbrauch mit dem Achtstundentag getrieben.

Ferner sei auch darauf hingewiesen, daß fast jeden Tag, insbesondere an Sonnabenden und Sonntagen, von einem Teil der Gehilfen sehr viel "gepuscht" wird. Es ist Pflicht jedes Meisters, solche Gehilfen ebenfalls zu melden, damit bei der Gehilfenorganisation die nötigen Schritte unternommen werden können. Die Hauptsache ist immer wieder, die Namen und Wohnung der Betroffenen zu melden. Die Innungen oder Ortsgruppen unseres Landesverbandes erwarten, daß sie zur Bekämpfung des Pfluschertums restlos unterstützt werden; das kann nur geschehen, wenn Meldungen erfolgen."

Die sächsische Baugewerkschaft veröffentlichte einen Aufruf an Bauherren, Landwirte, Private usw., worin sie darauf aufmerksam macht, daß Bauarbeiten, die von nichtgewerkschaftlichen Bauhandwerkern, Gesellen, Gehilfen usw. ausgeführt werden, ebenso unzulässig sind, als wenn sie von privaten gewerkschaftlichen Unternehmern ausgeführt werden. Nur daß in diesen Fällen an die Stelle des gewerkschaftlichen Unternehmers der Bauherr selbst tritt. Bauherren, die demnach mit selbst angenommenen Bauarbeitern (also ohne Bauunternehmer) Bauarbeiten ausführen wollen, sind nach den neuerdings abgeänderten Vorschriften der Reichsversicherungsordnung (§ 799) verpflichtet, für jeden Monat, spätestens 3 Tage nach dessen Ablauf, der Zweigstelle der zuständigen Baugewerkschaft-Verufsgenossenschaft einen Nachweis vorzulegen über die verwendeten Arbeitstage und den von den Versicherten (Gesellen, Arbeitern) verdienten Lohn. Verspätet eingereichte Nachweise oder falsche Angaben können mit Strafen bis zu 1000 Goldmark geahndet werden.

Sämtliche Bauarbeiten sind versicherungspflichtig, also alle nachzuweisen, die mehr als 6 Tage Arbeitszeit erfordern. Auch Bauarbeiten, die nach Feierabend oder an Sonntagen ausgeführt werden, sind nachzuweisen. Dabei ist es gleichgültig, ob die betreffenden Leute deren Lohn oder andere Entschädigungen (Naturalien, Gefälligkeiten, Gegenleistungen und dergleichen) erhalten.

Vielfach ist beobachtet worden, daß Bauhandwerker, (Gesellen, Gehilfen) sich den Bauherren gegenüber als Mitglieder oder Selbstversicherer der zuständigen Baugewerkschaft-Verufsgenossenschaft ausgegeben haben, ohne es zu sein. Diese Täuschung schützt die Bauherren nicht vor Unannehmlichkeiten. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß für alle diese Bauarbeiten die von der Baugewerkschaft-Verufsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften genau zu befolgen sind, und daß für Verstöße hiergegen Strafen bis zu 1000 Goldmark festgesetzt werden können.

Auch uns ist berichtet worden, daß das Pfluschen in manchen Orten einen großen Umfang angenommen haben soll. Wir verkennen nicht, daß lange Arbeitslosigkeit, unzureichende Lohnverhältnisse viele Kollegen wirtschaftlich sehr heruntergebracht haben. Es ist aber ein verkehrter Standpunkt, zu glauben, durch Pfluscharbeit seine soziale Lage verbessern zu können. Steis hat es unsere Organisation verurteilt, wenn Kollegen, die bei einem Arbeitgeber in Arbeit stehen, nach Beendigung ihrer Arbeitszeit noch stundenlang für sich Nebenarbeiten ausführen. Sie schädigen damit das Gewerbe, treiben mit ihrer Gesundheit Raubbau. Diese Kollegen versündigen sich in schwerster Weise gegen die Durchführung des Achtstundentages und können als seine Totengräber bezeichnet werden. Die Erlämpfung ausreichender Löhne zur Führung eines menschenwürdigen Daseins, die Hochhaltung der achtstündigen Arbeitszeit ist und muß unter den gegebenen Verhältnissen unsere wichtigste Organisationsarbeit sein. Jedes Abweichen von dieser Grundlinie ist vom Uebel, insbesondere der Versuch, durch Pfluschen oder durch Selbstständigwerden mit unzureichenden Mitteln seine wirtschaftliche Lage zu heben. Denn auch das Leberhandnehmen des Kleinmeisteriums im Malergewerbe ist kein gesunder Zustand; wie ein stetes Bleigewicht hemmt es alle Versuche, das Gewerbe auf eine höhere Stufe zu bringen.

Vom 27. Juli bis 2. August ist die 31. Beitragswoche.

Die Völkerbundsider

ist durchaus nicht so neu, wie es scheint. Eine gute Zusammenstellung über die Geschichte des Völkerbundsgebantens finden wir in einer kleinen Schrift: "Vaterland und Menschheit" (Nummer 19 der Jellenbücherei, Durr & Weber, G. m. b. H., Leipzig-G.), die Franz Razi Eubres veröffentlicht hat.

- Dies die Tabelle:
- 1085 Papst Urban II verkündet auf der Reichstagsversammlung von Clermont die „Trouva del“ für die gesamte Christenheit.
 - 1268 Thomas von Aquino verlangt in der „Summa Theologia“ ein Weltreich unter der Herrschaft des Papstes.
 - 1800 Dante Alighieri verlangt dasselbe.
 - 1808 Peter Dubois verlangt dasselbe.
 - 1408 Georg v. Podjebrad schlägt einen christlichen Fürstentum vor.
 - 1496 Kaiser Maximilian verkündet auf dem Reichstag zu Worms den ewigen Landfrieden.
 - 1577 Jean Bodin wendet sich in den Six livres de la Republique gegen die stehenden Heere.
 - 1600 Sully erwähnt den Plan Heinrich IV. und Elisabeth von England, eine europäische christliche Monarchie zu schaffen.
 - 1677 Leibniz schlägt eine europäische Konföderation vor.
 - 1693 William Penn schlägt einen Staatenbund mit Einschluß der Türkei vor.
 - 1710 John Dellers schlägt Organisation der christlichen Staatengemeinschaft vor.
 - 1713 Abbe de Saint-Pierre stellt die Grundbedingungen auf für einen Staatenbund zum Zwecke der Erhaltung ewigen Friedens in Europa.
 - 1788 Alarcon will den Staatenbund gegen die Türken auch gemeinsam finanzieren.
 - 1748 Montesquieu wendet sich gegen die stehenden Heere.
 - 1756 Rousseau nimmt den Plan Saint-Pierres und Sullys auf und bespricht sie von praktischen Gesichtspunkten aus.
 - 1767 Der Bivländer v. Sillensfeld schlägt einen Friedensbund der europäischen Staaten vor.
 - 1789 Bentham veröffentlicht einen Plan für einen ewigen Weltfrieden auf Grund internationaler Gesetze.
 - 1798 Immanuel Kant nimmt die Gedanken Saint-Pierres und Rousseaus auf und begründet sie.
 - 1811 R. Chr. Fr. Krause erkennt die Aufgabe der Menschheit darin, einen Menschheitsbund zu gründen.
 - 1855 Dunsen, ein begeisterter Friedensfreund, tritt für Abschaffung der stehenden Heere ein.
 - 1860 Garibaldi fordert die Schaffung eines europäischen Bündnisses.
 - 1887 Mazzini will ähnliches.
 - 1873 Prinz Peter von Oldenburg vertritt Weltfriedensideen. Von den achtziger Jahren an wird die Friedens- und Völkerbundsfrage ganz planmäßig von einzelnen wie von Gesellschaften behandelt.
 - 1895 erklärte der berühmte Bischof: „Abstrich über Grunde gehen. Das ist für die Nationen Europas das Dilemma.“

Aus unserm Beruf.

Submissionsblüte. Aus Mainz wird uns berichtet: Bei der Submission auf 7 Autohallen am Großen Sand bewährte sich das in letzter Zeit bekannt gewordene Lüncherlied: „Wir Lüncher sind noble Leute, — haben wir kein Geld, — haben's andere Leute“ — Dibelum, Dibelum, Dibelum.“

Es wurden für die Antreicharbeiten der Gallen folgende Preise gefordert: Von Gombach 54 502 M., von A. König Nachf. 38 977 M., von Knös 30 944 M., von Werum 22 691 M., von Schmalenbach 20 352 M., von Bauhütte Mainz 19 783 M., von Brotheder & Peter 19 663 M., von Klingelschmitt 14 955 M., von Werner & Philipp* 14 471 M., von Jos. Sauer 14 480 M., von Hilfenbed 16 369 M., von Paulh (Wiesbaden) 10 411 M., von Wegel (Wangelschäft)* 9622 M., von Werner* 8624 M., von Schödmehl 8367 M., von Schmitt & Suder* 7765 M.

* Wageschäfte, die sich mit Antreicharbeiten seither noch nicht befaßt, da dafür nur das Maler- und Lünchergewerbe zuständig war.

Wie töten wir den Krieg?

Von Razi Durr,
Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.
Als in den Novembertagen 1918 der grauhafteste aller Kriege endete, behrte die Welt ab des Glücks, das er hinterlassen hatte; um so mehr, als sich erwies, daß Millionen begeisterter Menschen, die ausgezogen waren, für die Befreiung der Menschen zu kämpfen, elend belegen, sich müde gemacht hatten.
Wie werden Krieg? wurde das Lösungswort der besiegten Völker. Insbesondere war es die Arbeiterchaft, die auf ihren internationalen Tagungen dem Gedanken der Solidarität und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker Ausdruck verlieh.
Aber noch hat der Welt kein Ziel. Die Menschheit ist verloren. Sie wird sich schon morgen einem neuen Kampf stellen müssen.
Nur ein Weg führt zum Frieden. Die Friedensverträge werden zu Diktanden, die der Völkerbegeisterung nur ein Versteck bieten. Die Kriegsgelüste chronisch werden lassen.
Nur die Arbeiterchaft es abnte, sollte sie in die Welt kommen ohne Verstecke. „Nieder mit dem Krieg!“ zu rufen. Die hat die Probe nicht bestanden.
Nur die Arbeiterchaft mag aller Proteste begehren, und es wäre nicht zu verwundern, wenn sie sich nicht als Vorkämpfer der Völkerbegeisterung nicht wehrlos am Boden gewiesen hätte.
Der Friede ist ein Problem der Befreiung von Korfu nach Korfu und nicht die Ermordung maffentlicher Führer der Völkerbegeisterung in Albanien.
Nur die Arbeiterchaft mag die Befreiung der organisierten Arbeiterchaft in Albanien, Serbien in Ungarn, Spanien in Italien, den Vorkämpfern der Befreiung der Völkerbegeisterung, genug begehren, und die Befreiung der organisierten Arbeiterchaft des Korfu-Abenteurers

nicht. Die Arbeiter der alliierten Länder waren sich aber ihrer Schwäche gegenüber dem zur Siebdehige gesteigerten Nationalismus im eigenen Lande so sehr bewußt, daß sie es nicht wagen konnten, gegen den Strom zu schwimmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Großkapital in Deutschland mit seinem böllischen Anhang selber alles getan hatte, um der Befreiung des Ruhrgebietes einen Schein von Recht zu geben.

Angesichts dieser Tatsachen ist zu sagen, daß es eine sehr harmlose Spielerei ist, auf internationalen Kongressen schon gedruckte Resolutionen gegen den Krieg zu beschließen oder sich gar am Problem des Massenstreiks zu erheben.

Geben wir viel lieber zu, daß wir heute noch nicht imstande sind, Kriege zu verhindern. Verschließen wir uns der Einsicht nicht, daß es den kapitalistischen Regierungen bisher immer noch gelungen ist, die notwendige Kriegspolizei im rechten Augenblick zu erzeugen, einen Angriffskrieg in einen Verteidigungskrieg umzulagern, die Massen auf die Feine zu bringen, für die „Freiheit“ zu sterben, und dann hinterher ihre angeblichen Ideale höhnisch zu verfluchen und den Raub in Sicherheit zu bringen.

Es gibt nur ein Mittel, um hierin Wandel zu schaffen: Das internationale Proletariat und alle anderen Kriegsgegner müssen Vertrauen zueinander haben können. Der Krieg gegen den Krieg kann nur gewonnen werden, wenn der Franzose, der Deutsche, der Engländer, der Russe, jeder davon überzeugt ist, daß der Bruder im andern Land nicht gegen ihn marschieren wird. Wenn dieses gegenseitige Vertrauen besteht, und wenn die Anti-Kriegspropaganda bewußt darauf setzt, wird der über allen Ländern schallende Ruf „Nie wieder Krieg!“ wirklich den Krieg töten.

Der Anti-Kriegstag, der vom Internationalen Gewerkschaftsbund auf den dritten September-Sonntag angelegt ist, soll der äußerliche Auftakt zu einer Massenbewegung

sein, die dem Frieden dienen soll. Er soll den Boden vorbereiten für eine andauernde, zielbewusste Propaganda für eine Einstellung der Geister im Sinne der Weltsolidarität. Die Arbeiterchaft muß sich dabei in vollem Maße über die zu überwindenden Schwierigkeiten Rechenschaft geben. Denken wir daran, daß es heute noch nicht einmal möglich ist, Material über die Fabrikation von Kriegsgeräten zu sammeln, weil dies in vielen Ländern als Landesverrat schwer bestraft wird.

In den „zivilisierten“ Ländern bestehen gewaltige Rüstungsindustrien, die viele tausend Arbeiter beschäftigen. Es ist praktisch gar nicht möglich, den Arbeitern zu verbieten, in solchen Betrieben ihr Brot zu verdienen, wenn man nicht imstande ist, ihnen einen Ersatz dafür zu schaffen.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Arbeiter in den Parlamenten, die grundsätzlich alle Militärkredite ablehnen, gezwungen sind, sich der Interessen der in den Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter anzunehmen und für sie auskömmliche Löhne zu fordern.

Ein allgemeiner Boykott der Kriegsmaterialfabrikation wäre gerade so wirkungslos wie ein Beschluß, den Militärdienst zu verweigern. In beiden Fällen hätten wir eintige Märtyrer als Opfer ihrer Ueberzeugung.

Eine der wichtigsten Fragen, die zu lösen sind, ist die: Unter welchen Umständen soll eine Anti-Kriegsaktion eingeleitet werden? In jedem Land finden wir darüber eine andere Auffassung. So anerkennt man vielfach den „Abwehrkrieg“ als grundsätzlich berechtigt. Die Praxis zeigt aber, daß eine Unterscheidung von Angriff- und Abwehrkrieg entweder gar nicht oder erst nach Schluß des Krieges, nach Aufhellung der historischen Tatsachen, möglich ist. — Ging doch sogar Mussolini nach Korfu, um griechische „Uebergriffe abzuwehren“.

In den ersten Kriegstagen wird auf allen Seiten so gelogen, daß die Menschen wie im Fieber herumlaufen und die unglaublichsten Schauererzählungen aufbunden lassen.

Kommentar überflüssig Aufgabe unserer Organisation und der in Betracht kommenden Geschäften wird es sein, ganz besonders die Einhaltung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der gesetzlichen Bauarbeiter-Schutzbestimmungen zu überwachen.

Eingefandt.

Was will der Verband?

Es ist sehr erfreulich, zu vernehmen, daß die Zahl der Verbandsmitglieder wieder zunimmt. Dennoch existieren noch allerorts Kollegen, die den Wert, organisiert zu sein, nicht verstehen wollen. Da hörte ich kürzlich einen Kollegen sagen: „Was nützt mir der Verband? Ich kriegen auch ohne ihn in der ganzen Welt Arbeit. Meinen Lohn mache ich mir selbst selbst.“ Man sollte es nicht für möglich halten, daß es in der heutigen Zeit noch Arbeiter gibt, die solchen Irrsinn verzapfen. Leider gibt es noch mehr Kollegen, die ähnliche Ansichten haben. Diesen muß bei jeder sich bietenden Gelegenheit gesagt werden, daß nur sie es sind, die die organisierten, alle Opfer bringenden Kollegen an der Durchsetzung ihrer Forderungen hindern. Daß sie nicht die Hälfte von den von uns erkämpften Lohnbedingungen wert sind. Solchen Elementen gegenüber wäre es einmal angebracht, daß nur organisierte Kollegen den Nutzen unserer Verbandsarbeit haben; laßt doch die Unorganisierten sehen, wie sie fertig werden. Sie werden dann vielleicht eher zur Einsicht gezwungen.

Die Minimallohnhöhe kann nur durch die Organisationskraft bestimmt werden, indem die Arbeiterverbände durch ihre Geschlossenheit ihre gerechten Forderungen durchsetzen respektive Interessen der Mitglieder tatkräftig vertreten. Diese geschlossene Macht der Arbeiter ist wiederum abhängig von dem Umfange und der inneren Stärke der Verbände. Es kann durch das Gewicht einer starken Gewerkschaft eine Lohnhöhe erreicht werden, gegen die sich schließlich nichts einwenden läßt. Es können wichtige Lebensfragen vertreten und durchgesetzt werden, wie über Ferien, Arbeitszeit und alle sonstigen Arbeitsbedingungen, die im Interesse eines gesunden Gewerbes, einer gesunden Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer und einer gesunden Volkswirtschaft liegen.

Das alles wird nur erreicht durch die Einigkeit, durch die tatkräftig handelnde Geschlossenheit der Verbandskollegen. Daß die Verbandsmitglieder demgegenüber auch gewisse Pflichten haben, ist klar. Sie müssen für den Verband, je nachdem sie geeignet sind, praktische Erfindungsleistungen und den von der Verbandsleitung festgesetzten Beitrag entrichten.

Diesem Beitrag, den jeder denkende Kollege gerne bezahlt, wollen die Nichtorganisierten nicht bezahlen. Sie wollen wohl den Nutzen der Verbandsarbeit auskosten, nichts aber dagegen leisten. Es ist lächerlich, über den Stundenlohnbeitrag zu diskutieren. Es gehört viel Unkenntnis und Verständnislosigkeit dazu, daß es immer noch Kollegen gibt, die den Wert des Beitrages und der pünktlichen Einzahlung nicht begreifen. Die Klassen der Verbände sind durch die Entwertung derart erschöpft, daß die Beiträge unbedingt benötigt werden, um Lohnkämpfe zu führen, Unterstellungen zu bezahlen und die Geschäftsführung aufrechtzuerhalten. Es müssen — damit der Verband bestehen kann — demgemäß die Mittel vorhanden sein. Zur Führung eines Verbandkörpers sind große Mittel die Vorbedingung. Die Größe des Verbandsbeitrages an Geld hängt aber wieder von dem fälligen Beitrag der Mitglieder ab. Je größer die Mittel sind, desto besser kann das Unternehmen des Verbandes finanziert werden, je länger ist ein Streit auszuhalten. Kollegen! Seht Euch einmal die Geschlossenheit der Unternehmerverbände an, ihre Einigkeit, wenn es gegen die Arbeiterinteressen geht. Es ist doch auffällig, wie rasch die vorerwähnten Jahren noch unorganisierten Unternehmer den Wert der Organisationskraft erkannt haben. Wie schnell sie sich zusammenschlossen, um durch ihre Einigkeit die wirtschaftliche Lage der Arbeiter niederzudrücken, um den Arbeitern Lohnsätze und Pflichten zu diktieren und aufzuzwingen — die menschenunwürdig sind.

Ich bin überzeugt, wenn unser Verband nicht wäre, so stände unser Lohn jetzt höchstens zwischen 40 bis 50 %

Die Anti-Kriegspropaganda wird nur Erfolg haben können, wenn sie sich gegen jeden Krieg richtet und die Definierung des Begriffes Angriff oder Abwehr den Kriegsgurgeln überläßt.

Zu guter Letzt liegen aber die Dinge so, daß die Anti-Kriegspropaganda sich praktisch nicht gegen den Krieg richtet, der morgen oder übermorgen kommen kann, sondern daß sie bewirkt, in allen Wänden einen inneren Widerstand des Volkes gegen die Anwendung des Krieges überhaupt herborzurufen, der nach und nach so stark wird, daß der Krieg von selbst als politischer Faktor ausscheidet und an seine Stelle eine internationale Rechtsordnung tritt, der sich jedes Volk unterzieht.

Im selben Maße, wie die Anti-Kriegspropaganda in den Massen der Völker Boden faßt, wird auch die Abrüstung Schritt für Schritt vor sich gehen. Sie kann gewiß stark gefördert werden, wenn in geeigneter Weise auf das Sinn- und Kulturwidrige der Herstellung von Nordwerkzeugen hingewiesen, wenn gezeigt wird, was mit den ungeheuren Mitteln, die dem Militarismus Jahr für Jahr geopfert werden, an Gütern der Kultur und an Werken wahrer Menschlichkeit geschaffen werden könnte.

Die Propaganda gegen den Krieg wird ja vorerst in der Hauptsache von den Arbeiterparteien getragen. Sie kann aber keine Parteisache sein. In diesem Kampf müssen als Kombattanten alle willkommen sein, die guten Willens sind, die Riesenaufgabe lösen zu helfen. Um so mehr, als es die Demagogie der Kriegsgurgeln fertigbringt, jedem Kriegsgegner das Obium der Vaterlandslosigkeit anzuhängen.

Es muß die Parole „Krieg dem Krieger“ dazu führen, den Kampf in der Schule, in den Gärten, auf den Kanzeln, in Versammlungen und Parlamenten, in der Presse Schritt für Schritt immer weiter vorzutragen, bis schließlich doch der Kriegsmoloch besiegt vom Throne stürzt.

pro Stunde und zwölfstündiger Arbeitszeit — an Ferien und andere Begünstigungen gar nicht zu denken.

Dies überlegt Euch, Kollegen, und vertretet die Verbandsinteressen, agitiert, wirkt aufklärend, damit auch unsere Lage sich noch mehr bessert. Tretet ein in den Verband, die Ihr nicht Mitglieder seid! Macht es gleich den Unternehmern und ewigt Euch! Kämpft für menschenwürdige Rechte! Für annehmbare Lohnsätze und geregelte Arbeitsbedingungen. A. E.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler. Die von den Gewerkschaftsorganisationen nachgesuchte Aussprache mit der Reichsregierung über die schwebenden Steuer- und Zollfragen hat kürzlich stattgefunden. In der mehrstündigen Aussprache, der außer dem Reichskanzler auch der Reichsfinanzminister Dr. Luther und Reichswirtschaftsminister Hamm bewohnten, wurde von den Gewerkschaftsvertretern die positive Frage an die Reichsregierung gerichtet, welche Maßnahmen sie vorgesehen habe, um auch den Besitz gemäß seiner Leistungsfähigkeit zu den neuen Lasten heranzuziehen. Finanzminister Dr. Luther antwortete namens der Reichsregierung mit einer längeren Darlegung der Absichten der Regierung auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Die Regierung sei bereit, eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer — sowie der Selbstverschätzung in Frage kommt — und die Möglichkeit der steuerlichen Erfassung von Auslandsgewinnen und sogenannten Inflationsgewinnen „in Erwägung zu ziehen“. Im übrigen führte Dr. Luther weiter aus, daß er sich angesichts der Lage in Industrie, Handel und Landwirtschaft keine nennenswerten Ergebnisse von neuen oder verschärften Besteuerungen verspreche. Schon jetzt könne die Wirtschaft nicht zahlen und erfordere um Steuerstundung. Den Traum einer weiteren Erfassung des Besitzes müsse man fahren lassen. Mit dieser Erklärung war festgestellt, daß die Regierung den begründeten Forderungen der Gewerkschaften auf schärfere Heranziehung des Besitzes nicht entgegenzukommen gedenkt. Bei der Erörterung der Schutzollpläne der Regierung wandte sich Peter Grafmann vom ADGB mit aller Schärfe gegen die neue Schutzollpolitik und wies den Gedanken an jede, auch die geringste Konzession auf diesem Gebiete ab. Die Aussprache mit der Reichsregierung ließ klar erkennen, daß diese in der Steuerfrage ebenso wie in der Frage des Achtstundentages und in der Frage der werktätigen Bevölkerungsklassen direkt zuwiderläuft. Ihnen soll der Hauptteil der Lasten, die sich aus der Annahme des Sachverständigenurteils ergeben, aufgebürdet werden. Um die Deutschnationalen für die Annahme jenes Gutachtens zu gewinnen, sollen sie die Agrarzölle als Geschenk erhalten, auf Kosten der breiten Massen natürlich. Dem drohenden Steuer- und Zollruck sollten sich die Gewerkschaften aller Richtungen mit vereinter Kraft entgegenstemmen, unter Abweisung von Zersplitterungstendenzen und Weltanschauungsstreitigkeiten.

Für den Achtstundentag. Die Stellungnahme der deutschen Regierungsvertreter zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag hat Anlaß gegeben zur Vorbereitung einer großen Aktion der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die die Verankerung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit in Deutschland herbeiführen will. Zu diesem Zweck wurde eine besondere Kommission der freigewerkschaftlichen Bundesverbände eingesetzt, in der die zu ergreifenden Maßnahmen und Schritte eingehend beraten worden sind. Die Ratifizierung des Abkommens von Washington soll zum Gegenstand eines Volksentscheides gemacht werden. Sowohl im Sozialpolitischen Ausschuss wie auch im Plenum des Reichstages wird die Frage des Achtstundentages zur Sprache gebracht und die Haltung der Regierung auf der Konferenz des Internationalen Arbeitsamts einer Kritik unterzogen werden.

Au die Unorganisierten richtet unter dem Titel: Wenn zwei das gleiche tun! die „Fränkische Tagespost“ folgende treffliche Mahnung:

„Wie heißt derjenige, der des Nachts in den Garten seines Nachbarn einbricht, und sich die Früchte aneignet, deren Pflege dem Besitzer so viel Mühe und Arbeit kostet? Diebstahl! So nennt man ihn.“

Wie heißen diejenigen, die die Früchte der Organisation in Gestalt von Mehrlohn, Arbeitszeitverkürzung usw. einstecken, die den Arbeitern zulommen, ohne daß sie zur Stärkung der Organisation etwas beitragen?

Diebe am Arbeiterrecht! So werden sie genannt.

Während man den, der sich an fremden Gartenfrüchten bereichert, bestraft, prahlen jene, die die Früchte der Organisation stehlen, noch öffentlich damit — Statt daß man sie mit Verachtung straft, nicht mit ihnen verkehrt, wo es eben geht, nicht mit ihnen arbeitet, ist es soweit gekommen, daß man ihnen Weisfall gößt.

Weisfall, wenn sie in Belegschaftsversammlungen über die Organisation und deren Vertreter losziehen; Weisfall, wenn sie erklären, daß diese nicht genug herausgeholt; Weisfall manchmal auch von solchen, die regelmäßig ihre Beiträge zur Organisation zahlen, die auch sehr gut wissen, daß deren Vertreter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, die sich aber von Augenblicksstimungen hinreißen lassen, die in dieser Zeit der Not und des Elends nur zu leicht vergessen, was die Organisation schon für sie getan, und denen zuzubeln, die niemals etwas geleistet, nie gesät, aber immer mit geerntet haben.

Dies muß anders werden! Schlimmer noch als der betreffende Feind, den niemand liebt, ist der Feind im eigenen Lager der Arbeiterschaft. Gut Freund mit ihm sein, Tiraden noch zuzubeln, heißt Verrat an der Arbeiterschaft.“

Der Bundesauschuss des ADGB. beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 22. Juli mit den gegenwärtigen Kämpfen um den Achtstundentag und mit der Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Ankündigungen der Regierung in England, in Frankreich und in Belgien, daß sie ihrem Parlament jetzt

die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, forderte der Bundesauschuss die dem deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter auf, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Der Bundesauschuss nahm gleichzeitig den Bericht der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission entgegen und bewies ihre Vorschläge zunächst an die Vorstände der einzelnen Verbände zur beschleunigten Stellungnahme. Die Verbände sollen insbesondere über die Aufwendung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesauschuss sprach sich dahin aus, daß der Mindestbetrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 % betragen muß. Jeder Verband soll die Hiernach bei ihm einlaufenden Summen vom 1. November dieses Jahres an verfügbar halten.

Die Vorstände der Verbände sollen über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand berichten, damit einer späteren Sitzung des Bundesauschusses das Ergebnis vorgelegt werden kann. Der Bundesauschuss erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angekündigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch so weit vorbereitet ist, daß auf ihre tatsächliche Durchführung gerechnet werden kann.

Eine grundsätzliche Entscheidung über die Affordarbeit haben die in Affordlohn arbeitenden Maurer und Steinträger Berlins vom ADGB durch ihren Beschluß getroffen, die Affordarbeit tariflich zu regeln. Der Vorsitzende Thöns führte aus, daß über die Schädlichkeit der Affordarbeit genug geredet und geschrieben worden sei. Es habe jetzt keinen Zweck mehr, darüber Worte zu verlieren, nachdem, allen Warnungen zum Trotz, ein Teil der Maurer ständig in Afford gearbeitet hat. Die jahrzehntelange Praxis habe gezeigt, daß die Affordarbeit durch Verbandsbeschlüsse nicht zu beseitigen sei. Die ständige Propaganda des Verbandes habe die Ausbreitung der Affordarbeit nicht hindern können, so daß festzustellen sei, daß heute mehr denn je in Afford gearbeitet werde. Der Baugewerksbund habe dieser Entwicklung im letzten Tarifvertrag schon teilweise Rechnung getragen, das heißt, er habe es den einzelnen Fachgruppen selbst überlassen, ob sie in Afford arbeiten wollen oder nicht, und da habe sich gezeigt, daß die Maurer und Steinträger die Affordarbeit durch einen Beschluß zwar ablehnten, aber trotzdem in Afford arbeiteten. Im Vorstand habe es schon immer Mitglieder gegeben, die der Meinung waren, daß man sich auf die Dauer gegen die Affordarbeit nicht werde stemmen können, sondern daß man versuchen müsse, auch diese Art der Entlohnung tariflich zu regeln. Man erkenne allerdings die Notwendigkeit, gleichzeitig mit der tariflichen Regelung auch einen Facharbeitsnachweis schaffen zu müssen. Nachdem nunmehr die Entwicklung ihren Weg über die Gegner der Affordarbeit genommen habe, bleibe nichts anderes übrig, als zu versuchen, in tariflich festgelegten Affordbestimmungen die möglichst günstigste Regelung der Frage zu finden. In der Diskussion sprachen sich die Redner im zustimmenden Sinne aus. Man erkannte an, daß unter den obwaltenden Verhältnissen gar nichts anderes übrig bleibe, als endlich auch die Affordarbeit tariflich zu erfassen. Wenn das auch allen bisherigen Beschlüssen zuwiderlaufe, könne doch nur auf diesem Wege dafür gesorgt werden, den Willen der Mitglieder zu erfüllen. Einstimmig beschloß die Versammlung, den Vereinsvorstand zu beauftragen, mit dem Verband der Baugeschäfte zwecks tariflicher Regelung der Affordarbeit in Verbindung zu treten.

Sozialpolitisches.

Preussische Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung. Mit Rücksicht auf die bei der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 bisher gemachten Erfahrungen hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin einen umfangreichen Erlaß herausgegeben, dem der ADGB folgendes entnimmt:

Der Ausgleich des an einzelnen Werktagen etwa eintretenden Ausfalls an Arbeitsstunden ist nur innerhalb der achtundvierzigstündigen Woche oder der sechsundneunzigstündigen Doppelwoche zulässig, es sei denn, daß durch Tarifvertrag oder behördliche Ausnahmebestimmungen ausdrücklich etwas anderes vereinbart oder gestattet ist. — Das Recht der Vereinbarung von Bestimmungen über die Arbeitszeit in nicht für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträgen, die nur innerhalb eines Regierungsbezirktes oder innerhalb des Bezirks der Stadt Berlin Geltung haben, ist auf die Regierungspräsidenten beziehungsweise auf den Polizeipräsidenten von Berlin übertragen.

Zwecks Förderung der tarifmäßigen Arbeitszeitregelung ist es notwendig, die Beteiligten auf den Weg der Schlichtung hinzuweisen und zugleich durch persönliche Fühlungnahme mit dem zuständigen Schlichtungsausschuss oder Schlichter festzustellen, welche Ausichten für eine tarifliche Regelung im Wege der Schlichtung bestehen. — Auf die Einschaltung ausreichender Pausen soll mit Nachdruck hingewirkt werden. Bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 bis zu 8 1/2 Stunden einschließlich sollen für weibliche Arbeitnehmer die Pausen in der Regel eine halbe Stunde dauern; bei einer Arbeitszeit von 8 1/2 bis zu 9 1/2 Stunden einschließlich mindestens 1/2 Stunden und bei mehr als 9 1/2 Stunden täglicher Arbeitszeit mindestens 1 Stunde. Für jugendliche Arbeitnehmer sollen mit Rücksicht auf ihre größere Schutzbedürftigkeit entsprechend längere Pausen vorgesehen werden. Der Arbeiterschutz in den Betrieben der Gemeinden und Gemeindeverwaltungen liegt den Gewerkaufsichtsbereichen in demselben Umfange ob und ist in der gleichen Weise wahrzunehmen wie in den privaten gewerblichen Betrieben.

Probleme der Arbeit. Die Bedeutung der Arbeitspausen ist ziemlich umstritten. Die Arbeitspsychologen, die die Leistungsfähigkeit der Arbeiter beobachten, legen ein großes Gewicht auf ausgiebige Arbeitspausen, besonders auf die Mittagspause. Auf der andern Seite hat sich nach Einführung des Achtstundentages überall das Bestreben der Arbeiter geltend gemacht, die Zeit der gesamten Anwesenheit im Betrieb möglichst abzukürzen. Die Wohnungsnot beziehungsweise die große Entfernung der Wohnungen von der Werkstätte trug zu diesen Forderungen bei, ebenso die Ausbreitung des Warenbaues. Auch zur Erzielung des freien Sonnabends nachmittags wurde oft durchgehend oder mit nur sehr geringer Pause gearbeitet. Die Wiener Arbeiterkammer hat nun im Monat Mai in bezug auf die wichtigsten Betriebe der Metall-, Textil-, chemischen und Lebensmittelindustrie Österreichs eine Untersuchung angestellt. Das Ergebnis derselben, das im zweiten Jahrgang der „Arbeit und Wirtschaft“ von Fritz Mager besprochen wurde, ist sehr lehrreich. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in den Betrieben mit normaler Arbeitszeit, das heißt bei denen in einer Schicht pro Tag im Rahmen des gesetzlichen Maximums gearbeitet wird, die Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Unfallsicherheit die Einhaltung einer ein- oder anderthalb- oder zweistündigen Mittagspause durchweg verlangen. Auch die Gewerkschaften bekämpfen die pausenlose, durchlaufende Arbeitszeit, und die Bestimmungen in den einzelnen Betrieben haben zu dem gleichen Ergebnis geführt. Dagegen möchten die Unternehmer die Pause zwecks Herabsetzung der Löhne abkürzen. Anders liegt der Fall bei Betrieben, wo in mehreren Schichten gearbeitet wird, ohne daß der Arbeitsprozeß selbst ein ununterbrochener wäre. Der Schichtwechsel findet hier oft in den frühen Morgenstunden oder späten Nachmittags statt. Bei dieser Schichtenteilung spielen Verkehrsverhältnisse eine entscheidende Rolle. In diesen Fällen ist es daher das Bestreben der Arbeiter, die Zeit der Anwesenheit im Betrieb auf Kosten der Pausen abzukürzen.

Akkordlöhne und Unfälle. Die englischen Bergarbeiter entfalten eine energische Propaganda für die Abschaffung der Akkordarbeit. Als Hauptargument wird dafür die große Zahl der Unfälle, die bei Akkordentlohnung bedeutend höher sind als beim Zeitlohn, angeführt. Besonders wenn die Akkordsätze zu niedrig sind, muß der Arbeiter, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben, sich größeren Gefahren, als sonst aus der Natur der Arbeit zu erheben, aussetzen. In diesem Zusammenhang teilen wir hier die deutschen Unfallziffern des Jahres 1921 mit: Nach der Statistik des Reichsarbeitsministeriums ereigneten sich in diesem Jahre eine halbe Million Unfälle, davon 640 mit tödlichem Ausgang, 17 000 mit dauernder Erwerbsunfähigkeit.

Vom Ausland.

Der Achtstundentag in England. Die englische Gewerkschaftszentrale hat durch Rundfrage bei den angeschlossenen Verbänden festgestellt, inwieweit der Achtstundentag in England bereits durchgeführt ist. Von 133 Gewerkschaften mit 4 688 609 Mitgliedern sind Antworten eingelaufen. Danach ist die Lage folgendermaßen: 40-Stunden-Woche 24 300 Mitglieder, 42-Stunden-Woche 890 000 Mitglieder, 44-Stunden-Woche 305 687 Mitglieder, 46-Stunden-Woche 3500 Mitglieder, 46½-Stunden-Woche 11 549 Mitglieder, 47-Stunden-Woche 964 224 Mitglieder und 48-Stunden-Woche 1 409 613 Mitglieder. Es arbeiten also 3 524 714 Gewerkschaftsmitglieder 48 Stunden und weniger, das heisst drei Viertel der Befragten. Bemerkenswert ist der grosse Prozentsatz, der nur 42 Stunden pro Woche arbeitet. In England gibt es aber bislang noch kein allgemeines Gesetz über den Achtstundentag. In Deutschland dagegen, wo der Achtstundentag durch die bekannte Verordnung des Reichsarbeitsministers „gesetzlich festgelegt“ ist, arbeiten nach der Erhebung des ADGB mehr als die Hälfte der Arbeiter länger als 48 Stunden die Woche.

England. Einem Schreiben der Leitung unseres englischen Bruderverbandes vom 1. Juli an unser internationales Sekretariat entnehmen wir folgendes: „Die Arbeitslosigkeit, mit der auch wir zu kämpfen haben, ist ein Schrecken für die Arbeiterschaft. Solange wir hiermit zu rechnen haben, sollten wir eifrig bemüht sein, die Arbeitszeit zu verkürzen. Der höchste Stand der Arbeitslosenziffer unserer Mitglieder im vorigen Winter war 24 vom Hundert. — Wir haben gemeinsam mit unsern Arbeitgebern versucht, bei den verschiedenen Stadt- und Landesbehörden um Winterarbeit zu werben. Wir hatten damit auch einen gewissen Erfolg. Unsere Organisation hat durch eine allgemeine Abstimmung entschieden, sich mit der Arbeiterpartei zu vereinigen. Wir werden dadurch in der Lage sein, Kampfkraft für die verschiedenen Parlamente zu stellen. Der Stand unseres Gewerbes ist gegenwärtig sehr gut. Doch verheißlichen die Unternehmer Androhungen für eine Aussparung der gesamten Bauarbeiter. Bei den vorhergehenden Verhandlungen um eine Lohnerhöhung wurde ein Resultat erzielt, das die Unternehmer jetzt zurückweisen. Die Aktion scheint auf politischem Einfluß zu beruhen und sich gegen das Wohnungsbauprogramm der Arbeiterpartei zu richten. Die Herausforderung der Arbeitgeber ist akzeptiert worden, und die notwendigen Gegenmaßnahmen wurden ergriffen. Die Gesamtlösung wird die Landesorganisation des Bauwerkes übernehmen. Jede Stadt stellt einen Zweig der Landesorganisation dar, für den der Lokalgewerkschaft oder der Vorstandsbezugsweise ein Komitee verantwortlich ist. Diese untersteht der Leitung der Landesorganisation, obwohl bis zu dem Zeitpunkt, als die Arbeitgeber ihr eigenes Abkommen ablehnen, im Sommer 46½ Stunden gearbeitet werden konnte.“

In bezug auf die Arbeitszeit besteht die Föderation auf Einhaltung der 44-Stunden-Woche. Der Lohn der Kollegen ist in Städten der Klasse A zurzeit 1,74 d pro Stunde, für Bauhilfsarbeiter 1,24 d pro Stunde.

Erster Verbandstag des Bau- und Holzarbeiterverbandes der Schweiz.

Die Verbände der Bau- und Holzarbeiter der Schweiz wurden vor 2 Jahren zusammengelegt, nachdem vorher schon die Maler und Gipser mit andern den Bauarbeitern beigetreten waren. Der erste gemeinsame Verbandstag fand vom 27. bis 29. Juni in Zürich statt. Es waren 196 stimmberechtigte Delegierte erschienen und unter andern ausländischen Gästen Kollege Streine. Der Vorsitzende Halmer hob in seinen einleitenden Ausführungen hervor, dass auch in der Schweiz politische Streitfragen eifrig diskutiert würden. Man habe nach Kriegsende geglaubt, dass die Zeit nicht mehr fern sei, wo die Kapitalistenherrschaft erledigt sei. Es wäre aber anders gekommen. Das habe Enttäuschungen hervorgerufen, die nun zu Differenzen führen. Der Zusammenschluss der verschiedenen Berufsgruppen in einem Verbandsverband habe sich nicht reibungslos vollzogen. In der Spitze sei es glatter abgegangen als in den Sektionen.

Nachdem dem Zentralvorstand einstimmig Entlastung erteilt worden war, referierte Sekretär Reichmann über die internationale Gewerkschaftsbewegung und unsere Verbandstaktik. Dem folgte eine grosse Aussprache, die in der Hauptsache die in den letzten beiden Jahren stattgefundenen Lohnkämpfe, die Agitation und die parteipolitischen Gegensätze in den einzelnen Sektionen behandelte. Die Aussprache warf aber auch manches Schlaglicht auf die bei den verschiedenen Berufsgruppen herrschende Unzufriedenheit; glaubt die eine in ihrer Werbekraft beschränkt zu sein, so klagten die andern über zu geringen Einfluss bei Lohnbewegungen, andere pochten auf ihr Recht, sich örtlich nicht mit den übrigen Berufen zusammenschliessen zu brauchen. Auch über die besoldeten Sekretäre hat es Differenzen gegeben, in deren Folge die Maler seit dem Vorjahre keine unmittelbare Vertretung mehr unter diesen Funktionären besitzen. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme einer vom Zentralvorstand vorgelegten Resolution. Darin wird unter andern erklärt, daß angesichts der Trennung der politischen Arbeiterorganisationen in verschiedene Lager es oberste Pflicht der Gewerkschaften sei, gegenüber dem geschlossenen Unternehmertum Sorge zu tragen, dass ihre Schlagkraft durch diese bedauerliche Erscheinung nicht ebenfalls geschwächt und zersplittert wird. In den wirtschaftlichen Tageskämpfen wird die einzuschlagende Taktik ausschliesslich durch die im Statut vorgesehenen Verbandsinstanzen bestimmt. Der Verbandstag hält eine ständige Verbindung des (schweizerischen) Gewerkschaftsbundes mit den auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden politischen Parteien für absolut notwendig.

Im geltenden Statut ist vorgesehen, dass ein Ultimatum mit Streikandrohung nur gestellt werden darf, wenn mindestens zwei Drittel der beteiligten Arbeiter organisiert sind, 75 % der in Frage kommenden Mitglieder sich in geheimer Abstimmung für den Streik erklärt haben und die Hälfte der Unorganisierten schriftlich ihre Teilnahme am Streik zugesagt hat. Die beantragte Abschwächung dieser Bestimmung wurde abgelehnt.

Der starke kommunistische Einschlag in der Mitgliedschaft Zürich gab Veranlassung, die Verlegung des Vorortes von dort zu erwägen. Es wurde jedoch nur ein Vorschlag des Zentralvorstandes angenommen, den Sitz des Verbandes zwar in Zürich zu belassen, aber den Zentralpräsidenten durch den Verbandstag zu wählen. Für diesen Posten wurde Halmer, der das Amt schon 12 Jahre versieht, einstimmig wiedergewählt. Auch die 7 Sekretäre wurden einstimmig wiedergewählt bis auf einen, gegen den 33 Delegierte stimmten. Die übrigen 10 Mitglieder des Zentralvorstandes können auf Vorschlag der hauptsächlichsten Berufsgruppen des Vorortes gewählt werden. Als gewählt gelten auf alle Fälle 5 Bauarbeiter und Steinarbeiter sowie 5 Holzarbeiter, Zimmerleute und Glasschleifer. Der Verbandsbeitrag wurde in der höchsten Klasse um 10 Rappen erhöht. In Anpassung an ein in Vorbereitung befindliches Bundesgesetz wurde die Arbeitslosenkasse von der Verbandskasse losgelöst. Für sie wird ein besonderer Beitrag von 15 Rappen erhoben.

Literarisches.

Jede Zahl erscheint das erste Heft der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung: „Die Arbeit“. Die Arbeit“ erscheint im Verlag der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S. 14. Sie wird herausgegeben von Theodor Seipart und redigiert von Sothar Erdmann. Die Zeitschrift erscheint zunächst einmal monatlich und wird am 15. jedes Monats zur Ausgabe gelangen. „Die Arbeit“ hat den Zweck, die mit den neuen erheblich erweiterten Aufgaben der Gewerkschaften zusammenhängenden Probleme theoretisch zu erklären, in diesem Hinblick auf die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften. „Die Arbeit“ soll den Gewerkschaften Gelegenheit bieten, die bestehenden Gegensätze in organisatorischen und gewerkschaftspolitischen Fragen zum sachlichen Ausdruck zu bringen. Sie soll ihnen die Möglichkeit schaffen, im freien Meinungs Austausch, ohne parteipolitische oder gewerkschaftsbürokratische Rücksichten sich über die bedeutendsten Fragen zu verständigen, um die Einheit und Stabilität der Bewegung zu fördern. „Die Arbeit“ soll die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung sowie zu den andern Kreisen pflegen, die sich mit den Problemen der sozialistischen Wirtschaft und den sozialistischen Kulturfragen beschäftigen, und die Stellung der Gewerkschaften im ganzen der Arbeiterbewegung klären. „Die Arbeit“ wendet sich vor allem an die heranwachsende gewerkschaftliche Führergeneration. Ihr soll sie ein Wegweiser zu den neuen Zielen sein, die sich für die Gewerkschaften aus ihrem Recht zu aktiver Mitwirkung an den wirtschaftsorganisatorischen und gewerkschaftspolitischen Aufgaben wie am Ausbau des Arbeitsrechtes ergeben. Von dem können und der Initiative der jungen Führer wird es abhängen, ob die Gewerkschaften die ihnen zufließenden Rechte in der kommenden Zeit erfolgreich wahrnehmen, ob sie die Rechte erweitem können. „Die Arbeit“, die sich auf die Gesamtleitung der im ADGB vereinigten Gewerkschaften stützt, hat die führenden Gewerkschaften zu ihren Mitarbeitern sowohl der Arbeiter- und Angestellten- wie der Beamtenbewegung. Darüber hinaus darf sie

auf die Mitarbeit der maßgebenden Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker der Sozialdemokratischen Partei rechnen. „Die Arbeit“ hat eine Reihe der angesehensten Nationalökonomien, Soziologen und Juristen zur Mitarbeit herangezogen, um die besten Kräfte für die Schulung des gewerkschaftlichen Führernachwuchses zu gewinnen.

Das erste Heft der „Arbeit“, bringt folgende Aufsätze: Sothar Erdmann „Der Weg der Gewerkschaften“, Fritz Tarnow „Wandlungen im Tarifvertragswesen“, Prof. Dr. Sujo Brentano „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Versailler Friedensvertrag“, Theodor Seipart „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“, Carl Menckes „Die Kulturbeziehung des Achtstundentages“, Franz Spielert „Der Ausbau des Arbeitsschutzgesetzes“, Martin Wagner „Gewerkschaftspolitik“. In der „Rundschau der Arbeit“ berichten Franz Spielert über „Lohn- und Tariffragen“, Fritz Schröder über „Die Entwicklung der Angestelltenbewegung“, Th. Rogur über „Beamtenprobleme“, F. Tarnow über „Organisationsfragen im ADGB“, Gertrud Hanna über „Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Internationalen“, Theodor Seipart über „Gewerkschaften und Bildung“ und Paul Ufermann über „Die Kartellverordnung und ihre Wirkungen“.

Das zweite Heft, das Mitte August erscheinen wird, wird folgende Aufsätze enthalten: Robert Schmidt „Sozialpolitik und Wirtschaft“, Hugo Singheim „Der Kampf um das neue Arbeitsrecht“, Dr. Otto Spemann „Arbeitswissenschaft“, Richard Wolb „Probleme der industriellen Betriebskontrolle“, Siemens Röper „Der Betriebsrat“, E. Wülfhäuser „Die Angestelltenbewegung“, H. Falkenberg „Die neue Beamtenbewegung“ und Bern Weyer „Die Arbeiterbanken“. Der Abonnementpreis der „Arbeit“ beträgt vierteljährlich 2.40 M. für Organisationsmitglieder, 2.40 M. Der Preis des einzelnen Heftes ist 1.20 M. für Organisationsmitglieder 80 P. Die Zeitschrift ist durch alle Postämter und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Gemeindefinanzen und Gemeindefinanzern in Preußen. Von Bruno Nitz, Bürgermeister in Gösch a. M. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H., Frankfurt a. M., Grisebühlstr. 17. Preis 1.50 M. Der Verfasser ist ein erfahrener, tüchtiger Fachmann. Die umfassenden Ausführungen über die Fragen der Gemeindefinanzen und Gemeindefinanzern in Preußen, die er in seiner Schrift gibt, werden ganz besonders den in den Gemeinden Tätigen willkommen sein. Er untersucht die heutigen Steuerarten nach ihrem finanziellen und wirtschaftlichen Charakter hin, bespricht in diesem Zusammenhang überhaupt die oft unzulängliche Finanzpolitik der Gemeinden und bringt dafür Tatsachenmaterial in Fülle und Fülle. Seine Vorschläge für neue Annahmekriterien sind größter Beachtung wert. Wir können die Schrift allen Interessenten nur empfehlen.

Material zur sozial- und wirtschaftspolitischen Betätigung auf dem Lande. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes, Berlin SW 48, Endeplatz 6. 1924.

Ergebnisstruktur, Sammlung von Schriften zur praktischen Durchdringung des Lebens im Sinne der Religion des Sozialismus, Band 1: Centralität und Alltag, der Weg zur Rettung des Abendlandes. Von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1. Preis kartoniert 1.40 M. — Der Verfasser verlangt im Gegenzug für unserer kapitalistischen Verbandskultur eine proletarische Ergebnisstruktur. Aus einem monistischen Weltanschauung heraus sprudelt in der Schrift eine neue großartige Auffassung vom neuen sozialistischen Menschen. Alle Kollegen, die im Sozialismus die Kulturbewegung einer neuen werdenden Weltquelle sehen, sollten diese ausgezeichnete und große Wege weisende Schrift lesen.

Nummer 11 der vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen „Betriebsräte-Zeitschrift“ ist als seitliches Sonderheft dem Internationalen Metallarbeiterkongress in Wien gewidmet und enthält unter andern neben einleitenden Artikeln der Genossen Robert Böhm und Tony Sender aus 17 europäischen Staaten besondere Aufsätze über die Wirtschaftslage, Metallindustrie, Arbeitszeit, Sozialpolitik und das Wirken der Arbeiterorganisationen in jenen Ländern. Diese wertvolle Zusammenstellung verdient besondere Beachtung. (Wagungspreis der „Betriebsräte-Zeitschrift“ für Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes 2.40 M. pro Exemplar, durch die Post vierteljährlich 2.50 M.)

Weg zur Selbstbildung des Arbeiters (Heft 1) heißt der Titel der als Wint für die proletarische Bildungsarbeit vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes herausgegebenen Broschüre. Hinweisend auf die Notwendigkeit und die Schwierigkeiten der Bildungsarbeit sowie die Quellen proletarischer Bildungsbedürfnisses, führt die Broschüre in faszinierender Stoffbehandlung in die einzelnen Gebiete der Arbeiterbildung ein, dabei eine reichhaltige und wertvolle Quellenangabe der zweckdienlichen Literatur bringend. Dann folgen methodische Ratschläge zur geistigen Arbeit. Die als seitige Broschüre (Wagungspreis nur 26 P.) gibt jedem Leser Wissenwertes; ihre Verbreitung kann nur empfohlen werden.

Sterbetafel.

Dresden. Am 22. Juni starb als Invalide unser Mitglied Emil Heller im Alter von 57 Jahren. — Am 4. Juli starb als Invalide unser Mitglied Heinrich Weyer im Alter von 78 Jahren. — Am 15. Juli starb unser Mitglied Paul Wittmer im Alter von 46 Jahren.
Köln. Am 28. April starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Ludwig Stier, im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung. Am 14. Juni starb der Kollege Johann Faust im Alter von 45 Jahren an Wassersucht (Mitglied der Zahlstelle Wiesdorf). Am 28. April schied der Kollege König, geboren am 4. April 1865, freiwillig aus dem Leben.
Stuttgart-Malen. Am 13. Juli starb unser Kassierer der Zahlstelle Malen, Anton Zeyer, infolge Unglücksfalles, im Alter von 24 Jahren.

Ghre ihrem Andenken!

Anzeigen

Hauskassierer gesucht. Die Filiale Bremen sucht zum Hauskassierer. baldigen Antritt einen ständigen Hauskassierer. Anstellungsbedingungen sind im Verbandsbureau zu erfahren. Geeignete Kollegen, die sich um diesen Posten bewerben und mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein müssen, wollen ein kurzes Bewerbungsschreiben mit Aufschrift „Bewerbung für Hauskassierer“ bis spätestens den 8. August, abends 6 Uhr, an den Obmann der Anstellungskommission, Kollegen Willh. Schröder, Bremen, Buddestraße 30, senden. Filialverwaltung Bremen.

* Malergehilfen *

laubere, selbständige Arbeiter, stellen ein Jessen & Christiansen, Flensburg, Grosestraße 42.

Große Möbelfabrik Westdeutschlands (unbesetztes Gebiet)

sucht einen tüchtigen, selbständig arbeitenden

Malermeister

welcher auf Schleifschmiedel und Holzimitationen eingearbeitet ist, in Dauerstellung.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen befördert unter Nr. 25 die Expedition dieses Blattes.